

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, ausfchl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 31. August 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergnügungsberichte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 100.

## Im Zeichen der Teuerung.

Als vor vier Jahren eine exorbitante Preissteigerung auf fast alle Nahrungsmittel, besonders aber auf Fleisch, eintrat, war es hauptsächlich die arbeitende Bevölkerung, die diese Teuerung am empfindlichsten zu spüren bekam. Der schon ohnehin bis auf Null heruntergedrückte Haushaltsetat ließ eine Mehrausgabe nicht zu, und so konnten nur durch Unterernährung die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang gebracht werden.

Heute haben wir die Teuerung vor vier Jahren in zweiter und verstärkter Auflage. Nicht nur, daß — wie auch der „Korr.“ in Nr. 81 schrieb — die Mehl- und Fleischpreise höhere sind wie in den letzten Jahren, nein, jetzt treten auch noch die neuen Steuern auf eine Reihe der notwendigsten Haushaltsartikel hinzu, die das Budget eines Arbeiters über Gewähr belasten. Außerdem befinden wir uns noch mitten in der Wirtschaftskrise, mit der wir vor einigen Jahren nicht zu rechnen hatten.

Die Gewerbetreibenden und der selbständige Handelsstand machen die Mehrausgaben durch die neuen Steuern insoweit wett, indem sie auf ihre Produkte bzw. Artikel einen Preisaufschlag legen, der wieder die Arbeiterfamilien trifft. Folgerichtig müßte der Arbeiter auf seine „Ware“ auch einen entsprechenden Aufschlag legen. Doch so leicht wie im geschäftlichen Leben ist dieses nicht der Fall. Meistens sind dazu erst Lohnbewegungen und Streiks erforderlich. Nur eine kleine Anzahl von einsichtigen Unternehmern läßt eine minimale Erhöhung des Verdienstes der Arbeiter eintreten.

Das Buchdruckerberuf ist nun eines der „glücklichen“ Gewerbe, das von einer Steuer direkt nicht getroffen ist. Die Anzeigsteuer, die wie ein Luftschiff über uns kreuzt, ist in den Ortus geworden. Ohne Zweifel hätte die Annahme dieser Steuer unser Gewerbe empfindlich geschädigt, speziell aber die Prinzipale hart getroffen. Sie können eigentlich mit der Finanzreform am zufriedensten sein. Und eben weil dies nicht zu leugnen ist und auch wohl jeder einsichtige Prinzipal unumwunden zugibt, sollten die Buchdruckerbesitzer in der heutigen teuren Zeit sich des Sprichworts erinnern: „Leben und leben lassen!“ Sie sollten gerade jetzt denen, „unter die Arme greifen“, die in erster Linie berufen sind, mit dazu beizutragen, die Werte und Geschäftseinkünfte zu schaffen, die ja, jahraus, jahrein ihren Pfad ausfüllen in fester Arbeit und im Interesse des Geschäfts.

Es sei hier hervorgehoben, daß vor vier Jahren eine Anzahl Prinzipale ihrem Personale sogenannte Teuerungszulagen gewährte. Heute ist der Zeitpunkt mehr denn je geeignet, solche Teuerungszulagen oder überhaupt eine Zulage zu gewähren. Es ist eineträgliche Tatsache, daß das Einkommen eines Buchdruckers nicht die Höhe hat, wie dies nach der Stellung und den Kenntnissen gegenüber anderen Berufen und Kategorien notwendig ist. Auch wird ein Teil des Einkommens zur Weiterbildung im fachgewerblichen und allgemeinen Wissen verwandt — nicht zuletzt auch im Interesse der Prinzipale —, was andre mit gleichem Verdienst nicht nötig haben. Es ist also nicht zuviel behauptet, wenn ich schreibe, daß der Buchdrucker-gehilfe nicht das hat, was er zur Befreiung seiner leiblichen und geistigen Bedürfnisse haben müßte. Trügle nicht bei den Verheirateten die Frau zu dem Unterhalte bei, fürwahr, das Proletariat wäre bei uns ebenso zu Hause wie bei den sogenannten ungelerten Arbeitern.

In Prinzipalstreiken wird man sich hoffentlich diesen Darlegungen nicht verschließen und das soziale Verständnis für die in ihren Betrieben Arbeitenden haben, das man von ihnen erwarten kann. Zu ihrem eignen Schaden wird das sicher nicht ausschlagen — im Gegenteile.

## Aus dem Auslande.

**Romanische Schweiz.** Mit über 500 gegen 200 Stimmen verwarf der Verband der Buchdrucker der romanischen Schweiz die von der Generalversammlung vorgeschlagene Übereinkunft mit dem Schweizerischen Typographenbunde, dem Lithographenvereine, dem Buchbinder-Verband und dem Vereine der Hilfsarbeiter. (Es handelte sich um gemeinsames Vorgehen bei Wahlen, Klagen, Streitfällen, Ausständen, Unterstützungen bei Streiks usw.)

Die noch arbeitslosen Opfer des Ausstandes in Genf, deren statutgemäße Unterstützung zu Ende ging, erhielten von der Mitgliedschaftsversammlung 4 Fr.

täglich im Monat Juli und 3 Fr. im Monat August zugebilligt.

**Frankreich.** Allerlei, doch eben nicht viel Erfreuliches ist aus dem Lande jenseits der Vogesen zu melden. In nicht weniger als vier Städten (Dijon, Lille, Toulouse und Caval) gibt es zurzeit Ausstände, weshalb das Generalkomitee des französischen Verbandes vor Zugzug dahin oder vor Ausführung von dorthier stammender Streikarbeiten warnt. In Dijon war die Absicht der Druckereileitung des „Petit Bourguignon“, entgegen den noch zwei Jahre geltenden Abmachungen Frauen an die Segmaschinen zu stellen, der Grund zur sofortigen Arbeitsniederlegung. Auch in Lille war die Anstellung von Frauen an der Monotype in der Druckerei von Vigot die Verlassung des Ausstandes. In der Druckerei der Zeitung „Le Télégramme“ in Toulouse wurden die Streikenden durch vier dem Pariser Ortsverein angehörende Maschinenseher (also Verbändler) ersetzt. Bitter wirft man diesen im Vereinsorgan ihre schändliche Handlungsweise vor. Nachdem sie sechs Monate lang wöchentlich 43 Franken Unterstützung erhalten hätten, kämen sie jetzt als Streikbrecher nach Toulouse.

Wunderliche Ansichten scheinen überhaupt in den Köpfen der noch nicht untergebrachten Pariser Maschinenseher zu spuken. So veröffentlicht das „Bulletin municipal official“ die Gründung einer „Union linotypiste“, Aktiengesellschaft mit veränderlichem Personal und Kapital, bestehend aus acht Operateuren und Korrektoren, deren Zweck nach § 2 die „Herstellung von Maschinensatz“ ist, ferner die „Vermietung, Kauf und Verkauf von alten Buchdruckmaschinen, Linotypes und andren“. . . . Drei Mitglieder des Vorstandes vom Pariser Sehervereine, darunter dessen Vorsitzender Sergent, gehören zur Kontrollkommission. Man vergegenwärtige sich hierzu, daß in der Schweiz die Verwendung anderwärts hergestellten Maschinensatzes verboten ist.

Unsre Leser erinnern sich, daß im letzten Auslandsberichte die Mitglieder in St. Etienne die unsrer Meinung nach sehr lobenswerte Forderung auf Einführung der Sonntagsruhe in die Zeitungsgewerbe stellten. Sofort meldeten sich aber die Gegner. So beschloß eine Versammlung in Grenoble, daß es beim alten bleiben solle, da sonst zu viele Kollegen geschädigt würden. Ein Kollege G. J. von der Pariser Mitgliedschaft rechnete aus, daß die großen Tagesblätter etwa 4000 Arbeiter beschäftigen. Fiele nun eine Nummer aus, so würden ungefähr 700 Kollegen arbeitslos. „Nedne man nun noch die Expedienten, Ausrufer, Zeitungshändler usw. dazu, denen ein Tagesverdienst dadurch entginge, so ist leicht einzusehen, daß die Verwirklichung obiger Forderung ein wahres Unglück wäre.“

Der von den nicht wieder untergebrachten Pariser Ausständigen gegründete „Germinal“ macht keine glänzenden Geschäfte. Auch die Mitgliedschaften haben zum großen Teil taube Ohren, „die Lufrufe um Unterstützung haben wenig eingebracht“. Nun wandte man sich auf Aufforderung des Generalkomitees an einen Freund der Buchdrucker, Herrn Bonjean. Dieser versprach, eine Zeitung die wöchentlich nötigen Gelder herzugeben.

Am 21. Juli waren die Kollegen in Le Mans zur Generalversammlung zusammengekommen. Hier nahmen sie zum Konflikt zwischen Verbandes- und Pariser Sektionsvorstand folgende Tagesordnung an: „Die 12. Sektion bedauert den Streik, der die 21. Sektion (Paris) und das Generalkomitee trennt. Dieser Zwist ist mehr persönlicher Art und schadet dem Gemeininteresse. Sie bittet die beiden, ihren Hader zu vergessen und den Schwamm über die gegenseitigen Beleidigungen zu führen. Die Kämpfer beider Lager, wenn sie noch etwas Pulver auf der Fanne haben, tun besser, sich zu einigen und sich gegen die Prinzipale, unsern gemeinsamen Feind zu wenden, der nur allein Vorteil von derartigen Zwisten hat.“

Der Prinzipal Poilleux hat seinen Prozeß gegen die Mitgliedschaft in St. Denis gewonnen, die ihm für seine Submissionsarbeiten den Pariser Tarif vorzuschreiben wollte.

Der am 11. Juni d. J. in Paris bestattete, im Alter von 79 Jahren verstorbene Druckereibesitzer Jean Claude Motteroz verdient wohl ein Plätzchen in „Korr.“ Geboren 1830 in Ronanec, trat er als 14jähriger in eine Kupferstecherei. Später war Motteroz Exportierer in West, Bergmann in Grand Combe, Seherlehrling in St. Etienne. Dann wurde er Schlosser, Tischler in Pontgibault, Silberwäscher in Bagnères Maurer in der gleichen

Stadt. Hierauf arbeitete er wieder als Seher in St. Etienne, Lyon sowie Paris und später als Lithograph in Lyon und als Handpressendrucker in Dijon. In Paris gelang es ihm, durch eisernen Fleiß und seine großen Kenntnisse, namentlich als Farbendrucker, im Jahre 1873 ein Geschäft zu eröffnen, das sich fortwährend vergrößerte und dessen Direktor Motteroz war. Victor Breton widmet ihm einen Nekrolog, worin er besonders des Verstorbenen humanen Sinn gegen seine Mitarbeiter hervorhebt. Ein tüchtiger Arbeiter wandte sich niemals vergessens wegen Lohnherhöhung an ihn.

**Belgien.** Seit einiger Zeit schon arbeitet ein von der Brüsseler Mitgliedschaft gewähltes Komitee an einer Verbesserung des Tarifs. Am 30. und 31. Juli stimmten sie über die den Prinzipale vorzulegenden Vorschläge ab. 1088 Stimmen waren dafür, 194 dagegen, 84 Stimmentzettel weiß oder unglücklich.

Das letzte Tageblatt Brüssels, dessen Personal dem Verbands bisher nicht angehörte, „Het laatste Nieuws“, an dessen Spitze der Direktor Julius Hofste steht, hat den Tarif angenommen. 15 Kollegen meldeten sich zum Verbands.

**Italien.** Eine neue Gefahr! Einige ganz eigenartige Fälle werden aus Turin gemeldet. Um unbecuemen Bestimmungen des Maschinensehertarifs aus dem Wege zu gehen, überlassen Prinzipale dem Maschinenseher kontraktlich die Maschinen. Die so „Prinzipale“ Gewordenen treten nun das mit Füßen, was sie vor nicht allzulanger Zeit aufbauen halfen. Mehrere Kollegen, die auf diese neue Art „Karrriere“ gemacht, haben sich mit „großem Behagen“ aus dem Verband abgemeldet, da Prinzipale keine Mitglieder sein können. Die einzelnen Bestimmungen dieser Kontrakte werden streng geheim gehalten, aber durchgesickert ist doch, daß es sich um Arbeiten a forfait oder im Akkord handelt. Die Einigkeit unter diesen „neugeborenen Prinzipalen“ ist nicht besonders groß, man sucht sich gegenseitig in Leistungen zu überbieten, was als natürliche Folge Schmutzkonzurrenz und Herabdrückung des Tarifs zur Folge hat. Das vorerst noch mysteriöse System dicke aber noch so manch andre Ausflucht, bei Streiks z. B. gibt es keine Streikbrecher mehr an den Segmaschinen, sondern nur noch arbeitende „Prinzipale“. Der Zentralvorstand des Bucharbeiterverbandes beschäftigt sich denn auch eingehend mit dieser Angelegenheit und Kollege Gondolo, der Verbandssekretär, hat bereits einen großen Artikel über die Ablenkung der neuen Gefahr veröffentlicht mit zahlreichen Details und u. a. auch den Vorschlag gemacht, daß es Aufgabe des Verbandes sei, danach zu trachten, diese Beträge selbst abzuschließen. (Dieser Vorschlag ist uns recht unverstänlich; vielleicht kommt unser italienischer Mitarbeiter später noch einmal auf diesen Punkt zurück. Ned.)

Seit fast drei Monaten befindet sich an der Spitze des Zentralorgans in Fetzdruck eine Bekanntgabe der säumigen Sektionsleitungen durch den Zentralvorstand, die bei jeder Wiederholung etwas kleiner wird. Die Idee ist nicht schlecht und scheint zu wirken. Der Inhalt sagt in wenigen Worten folgendes: Unfre Ermahnung blieb unberücksichtigt und die Antwort auf unser Zirkular Nr. 7 schläft noch in den Schubladen unterstehender Sektionen. Ist es möglich, daß in drei Monaten nicht ein williger Kollege die fünf Minuten freie Zeit gefunden hat, um vier Zahlen auf ein Stückchen Papier zu schreiben? Nun folgen die Namen der Sektionen, deren Vorstände auf nicht allzu große Mühseligkeit halten. Die Publikation wird solange fortgesetzt, bis die letzte Antwort eingetroffen ist. Es soll festgelegt werden, welche Sektion den Reford in der entgegengefesten Richtung schlägt. In den letzten drei Nummern des Zentralorgans ist die Zahl der säumigen Sektionsvorstände bereits um die Hälfte gesunken, immerhin verbleiben noch 38, darunter größere Städte. Daß die Mitglieder in denselben nicht auf den Gedanken kommen, ihre Vorstände in den Versammlungen auf ihre Unterlassungsünden energisch aufmerksam zu machen!

In Rom hat man sich, wie es scheint, von der letzten Niederlage — in der Reihenfolge die dritte — bereits erholt, ja, man freut sich über den Ausgang der letzten Bewegung, die die Prinzipale im richtigen Richt erscheinen ließ und hofft, daß so noch manchem die Augen geöffnet werden. Bekanntlich haben die römischen Prinzipale auf den Antrag unsrer Kollegen betreffs Revision des Tarifs mit Zugeständnissen geantwortet, die einen wahren Hohn auf alle Menschenrechte bildeten. Es

blieben also nur zwei Wege: die sofortige Arbeitseinstellung (gegen die der Zentralvorstand und auch die Mehrzahl der Mitglieder waren), oder aber im Jahre 1912 nach Ablauf des jetzigen Tarifs wohlvorberichtet in den Kampf zu marschieren unter Zustimmung des Zentralvorstandes und unter Unterstützung sämtlicher Sektionen. Der neunstündige Arbeitstag müßte als eine der Hauptforderungen aufgestellt werden.

Aber das chronische Leiden in der römischen Sektion — fortwährendes Demissionieren des Vorstandes — haben wir schon berichtet. Um diese „Ehrenämter“ reißt man sich nicht, sondern ein jeder drückt sich, so gut er kann. In frischer Erinnerung ist noch, daß Kollege Pargagnoli, ein entschiedener Befürworter der sofortigen Revision, kürzlich die Wahl ablehnte (obwohl von 896 Stimmen 787 auf ihn fielen), da ihm die Mehrheit in seiner Zunft nicht folgen wollte. Umfomehr muß es jetzt überraschen, daß Rom mit einem wahren Freudentaumel die Wahl des Vorstandes verkündet, dem nicht nur Kollege Pargagnoli, sondern auch seine feinerzeitigen Amtskollegen, die durch ihren Nationalismus das große Fiasko von 1903 zum Teile verschuldeten, angehören. Es fragt sich nur noch, ob Kollege Pargagnoli in der kurzen Spanne Zeit (seit der letzten Ablehnung der Wahl) seine radikale Taktik oder die Mehrzahl der römischen Mitglieder die ihrige gewechselt haben. Es ist zu hoffen, daß der Zentralvorstand sich um die Sache kümmert und das Sektionskomitee nicht schalten und walten läßt nach seinem Belieben, sonst wird man wieder den achtstündigen Arbeitstag einführen wollen und vielleicht den — elfstündigen erringen.

Etwas hoffnungsvoller steht es mit dem Programme der Maschinenmeister in Rom aus, das man unterschreiben kann: Keine sofortige unvorbereitete Bewegung, Ermahnung an die Prinzipale, den jetzigen Tarif besser wie bisher einzuhalten, Gründung eines Propagandakomitees für die Umgebung von Rom usw.

Die Sektion Urbino war bis zum Jahre 1890 nicht nur eine der ältesten, sondern auch eine der reichsten, aber ein Streik im genannten Jahre, der gänzlich verlor, ließ sie buchstäblich von der Bildfläche verschwinden. So blieb es bis vor einem Jahre. In verhältnismäßig kurzer Frist ist es nun aber einigen braven Kollegen gelungen, die Sektion wieder ins Leben zu rufen, so daß schon eine Bewegung stattgefunden hat, die außer Lohnerhöhung auch den neunstündigen Arbeitstag brachte. Die Aufrechterhaltung der Sektion, die an 86 Mitglieder zählt, und der schöne Erfolg der Bewegung wurden durch ein Bankett gefeiert und dürften die Wünsche, die dabei zum Ausdruck kamen betreffs Anschluß an den italienischen Buchdruckerverband, jetzt bereits erfüllt sein.

In Ascoli Piceno mußte, da die Prinzipale unzulängliche Konzeptionen machten und Unterhandlungen mit dem Verbandsamt ablehnten, zum letzten Mittel greifen werden. Nachdem aber Kollege Gondolo von Mailand gekommen war, konnte die Arbeit nach fünfzigstündigen Ausläufen wieder aufgenommen werden. Die Löhne für die erste Kategorie wurden von 14,40 auf 18,90 Lire, für die zweite Kategorie von 12,25 auf 15,60 Lire erhöht. Bei Neueinstellungen sollen Verbandsleiter bevorzugt werden.

Durch Vermittlung des Sektionsvorstandes in Brescia konnte in Desenzano der gleiche Tarif wie der in Brescia zur Einführung gelangen.

Die Arbeitslosigkeit in der letzten Woche des Monats Juli war wieder für die einzelnen Städte sehr verschieden. Während die Sektion Neapel 65 Seher und 11 Drucker, Mailand 46 Seher und 25 Drucker, Turin 24 Seher und 16 Drucker arbeitslos hatten, meldeten 38 Sektionen, darunter Rom und Venedig, daß sie keine Arbeitslosen haben.

**Großbritannien.** In der letzten Delegiertenversammlung des Londoner Verbandes wurde derjenige Ältere gestraft, der behauptet, daß die englische Gewerkschaftsbewegung vernichtet und altmodisch sei. Die Frage, ob die London and Provincial Society of Compositors den Anschluß an das Druckgewerkschaftsgericht vollziehen soll, wurde mit überwältigender Mehrheit der Delegierten verneint. Wie wird jedoch die Urabstimmung ausfallen? Der Präsident erklärte den Delegierten, daß sich der gesamte Vorstand einstimmig gegen den Anschluß ausgesprochen habe, weil die Rechte und Pflichten der Beteiligten gar zu einseitig verteilt wären. Der Antragsteller führte aus, daß Vermittlungen und Entschädigungen schon mehr als einmal unheil- und verhängnisvoll für die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und für unseren Verband im besondern gewesen sei. Schiedsgerichte seien noch selten von den Arbeitnehmern, sondern meistens von den Arbeitgebern vorgeschlagen worden. Er wies auf die Ausgänge der letzten Verhandlungen bei den Bergarbeitern und Textilarbeitern hin. Ein einziger Delegierter opponierte, indem er darauf hinwies, daß der Nichtanschluß der Bergarbeitervereine hindern im Wege stünde, da sich doch die Mehrheit dieser Verbände für den Anschluß an das permanente Schiedsgericht ausgesprochen habe. Dieser „revolutionäre“ Geist ist an und für sich ganz herzerquickend, besonders bei den nichteren Engländern — aber gewöhnlich kommt es ganz anders. Bei der bevorstehenden Achtundvierzigstundigenbewegung wird sich „wohl baldlich zeigen, ob echte Kraft ihm eigen“.

Eine neue Schmachdane wird demnächst auf den Markt kommen. Es sollen mit ihr alle Schriften bis zu sechs Cicero sowie Linien und Einfassungen gesetzt und gegossen werden können. Drei verschiedene Schriften sind immer bereit. Das Wechseln derselben nimmt nicht mehr

als zwei Sekunden in Anspruch, so sagt der Erfinder. Aber gewöhnlich kommt es auch in solchen Dingen anders.

In der Extradelegierten-Versammlung am 28. August sollte der Bericht des Spezialkomitees für Arbeitslosenunterstützung beraten werden. Nach den Vorschlägen des Komitees soll in Zukunft die Arbeitslosenunterstützung nach der Dauer der Zugehörigkeit festgesetzt werden. Nach wie vor bleibt die Unterstützung 14 sh weniger 6 d Beitrag, nur die Dauer der Berechtigung wird verändert. Wäre diese Einrichtung im Jahre 1908 in Kraft gewesen, so hätte der Verband bei seiner Ausgabe von 23000 Pfund Sterling Arbeitslosenunterstützung 1000 Pfund Sterling gespart. Ferner steht die Überstundensteuer zur Beratung. Jedes Mitglied, welches mehr als 52 1/2 Stunden pro Woche arbeitet, soll einen halben Penny für jede Überstunde an den hierfür eingerichteten Fonds zahlen. Im Durchschnitt werden pro Monat 80000 Überstunden geleistet, somit würde diese Steuer pro Jahr 4000 Pfund Sterling einbringen.

Sehr traurig ist es, daß Revolutionäre wie Prinz Kropotkin sich über bestehende Arbeiterforderungen hinwegsetzen. Sein letztes Werk „The Terror in Russia“ wurde in einer Schusterbude hergestellt. Die Pisenaufrage würde noch viel größer gewesen sein, hätte man die organisierte Arbeiterchaft nicht so ignoriert. Von Kropotkin hätte man so etwas nicht erwarten sollen. Die „revolutionären Gewerkschaften“, die in England wie die bekannten Blize aus der Erde sprühen und die wieder vergehen, wenn den „Führern“ eine Einladung der Gerichte zugesandt wird, ist es selbstverständlich, daß sie ihre Blätter in Schusterbuden herstellen lassen. „Denn was gehen uns die verwegeneren königstreuen Buchdrucker an“, sagte vor kurzem ein „Führer“ und „Redakteur“, dem sein deutsches Gewerkschaftsblatt zu „wackelplappig“ war. Er gründete ein besseres. Als die Beleidigungen den Gipfelpunkt erreicht hatten, hielt er es für zweckmäßig, zu fliehen, und der arme Drucker, der nicht lesen und verstehen kann, was er gedruckt hat, muß jetzt dafür leiden. Bei Beleidigungen und Preßvergehen kennt nämlich die englische Justiz kein Erbarmen.

## Korrespondenzen.

**O.-er. Bielefeld.** Die dritte Bezirksversammlung fand am 22. August in idyllisch gelegenen Bad Deynhausen statt und war von etwa 240 Kollegen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Mirrow Kenntnis von dem Ableben des Kollegen Loppmann (Bielefeld), zu dessen Ehren sich die Versammelten von den Sigen erhoben. Ausgeschlossen wurden folgende Kollegen: Krohn und Lang (Bielefeld), Duncker (Herford), Boigt und Orüne (Paderborn), Fritzmeyer (Semo). Der Kassenbericht pro zweites Quartal wurde entgegengekommen und dem Kassierer Holz für tüchtige Kassenführung Entlastung erteilt. Hierauf erhielt das Wort Kollege Benz (Bielefeld) zwecks Berichterstattung von der Bezirksvorsteherkonferenz in Essen. Den Kardinalpunkt bildete, so führte Referent aus, der Haftungsvertrag zwischen Gutenbergbund und dem Deutschen Buchdruckerverein, dessen Zustandekommen von allen Rednern verurteilt wurde. Von den weiteren Verhandlungsgegenständen seien hervorgehoben die Regelung der Bobienung von Apparatanalysen verbunden mit der Spartenfrage, eventuelle Zentralisierung der Bezirksklassen, Statistil über alle Druckereien zwecks Auslastung und die Frage der Rentabilität der Gaudrucker. Den Bericht vom Schiedsgericht erstattete hierauf in ausführlicher Weise Kollege Ernst (Bielefeld). Aus seinen Ausführungen ist die Mahnung hervorzugehen, daß die Kollegen sich ihrer Äußerungen vor dem Schiedsgericht immer bewußt sein und sich nicht zu unvorsichtigen Bemerkungen hinreißen lassen möchten, die den Gehilfenbesitzern die Amtsführung erschweren und auf die Allgemeinheit ein schlechtes Licht werfen. Den ausgesperrten schwebischen Arbeitern wurden zur Unterfaltung in dem ihnen aufgewungenen Kampf aus Bezirksmitteln 100 Mk. bewilligt und dem Vorstande die Ermächtigung erteilt, je nach Verlauf des Kampfes eine weitere Unterstützung ohne vorherige besondere Genehmigung seitens der Mitglieder zu erteilen, außerdem sind in Bielefeld Sammellisten in Umlauf gesetzt, was den anderen Ortsvereinen auch empfohlen wurde. Die Ehrung der diesjährigen drei Jubilare Sittig, Bellmann und Orner (Bielefeld) soll mit der nächsten hier stattfindenden Bezirksversammlung verbunden werden. Hiermit war die Tagesordnung erschöpft und wurde die ruhig und würdig verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. — Der Mitgliedschaft Deynhausen sei auch auf diesem Wege für die verschiedenen Darbietungen der herzlichste Dank ausgesprochen.

**Bezirk Bonn.** Eine „verunglückte“ Bezirksversammlung war unsre am 22. August in Gummersbach abgehaltene. Im diesen entlegensten Ort unsres Bezirks zu erreichen, muß man vom Vororte Bonn durch Orte des Bezirks Köln und des Bezirks Siegen fahren und gelangt dann in das zu Bonn gehörige Gummersbach. In Anbetracht dieser elenden Bahnfahrt, die für die Orte Ahweiler, Euskirchen usw. noch viel ungünstiger ist, war ja kein starker Versammlungsbesuch zu erwarten; ein Regenwetter am Sonntag morgen verringerte die Teilnehmerzahl wohl auch noch bedeutend. So kamen denn 40 Mann in Gummersbach an. Hier in dem vorgesehenen Versammlungsorte von 1500 angekommen, mochte uns der jedenfalls mehr „patriotische“ als „geschäftstüchtige“ Wirt wohl für Bombenwerfer oder so etwas halten, wenigstens aber für Sozialdemokraten, denn er verwei-

gerete uns rundweg das sehnlichst erwartete und vorher bestellte Mittagessen und gab uns zu verstehen, daß ihm an uns nichts liege und ekefte uns so fort. Die Bezirksversammlung wurde nunmehr in das Vereinslokal der Gummersbacher Kollegen verlegt, und zwar, da dort ein Saal für eine so „riesige“ Personenzahl nicht vorhanden ist, in zwei durch eine Tür verbundenen kleinen Zimmern. Die Sache wurde natürlich von der humoristischen Seite aufgefaßt, und zumal die Worte des Vorsitzenden bei Bestimmungen: „Hier sind soviel Stimmen; wieviel sind es im andern Saale?“ erregten Heiterkeit. Die Versammlung war einschließend der Kollegen aus Gummersbach, 50 Mann stark. (171 Bezirksmitglieder überhaupt). Zunächst wurde die Tagesordnung gekürzt, indem der Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz, worüber die Bonner schon durch den Gauvorführer Albrecht Näheres erfahren haben (siehe unten), getrichen und der Punkt „Kulturgesellschaft Ernst Ube“ vertagt wurde. Unter „Geschäftliches“ wurde vom Vorsitzenden Balbus Mitteilung gemacht von einer ganz eigenartigen Ausnutzung der ihnen auf Geheiß unreses Bezirksvorstandes von ihrem Prinzipale bewilligten Ferien durch Nichtverbändler. (Wir werden darauf noch zurückkommen.) Ferner wurde der vor kurzem in „Korr.“ erwähnte Schreibbrief des Herrn Fieseler in Bonn verlesen und die Bitten, Ermahnungen und Drohungen, mit denen er den Gehilfen zur weiteren Ausbeutung zurückzugewinnen suchte, mit unbändiger Heiterkeit aufgenommen. Der Kassenbericht wurde genehmigt. Er weist einen Bestand von 237,30 Mk. auf. Für die schwebischen Arbeiter wurden 50 Mk. bewilligt. (Eine weitere Summe wird der Ortsverein Bonn folgen lassen.) Dann wählte die Versammlung als nächsten Versammlungsort Bonn und bewilligte sich das Fahrgeld IV. Klasse. Nun konnten endlich die ganz bedenklich knurrenden Fragen befriedigt und das in anerkennenswerter Weise von dem lebenswärtigeren Gummersbacher Vereinswirte schnell und doch gut hergerichtete Mittagessen eingenommen werden. — Am 21. Juli sprach in Bonn Gauvorführer Albrecht über die gegenwärtige Lage. (Der Schriftführer hat es verschwiegen, darüber rechtzeitig zu berichten.) Der Ortsverein Bonn nahm mit größtem Mißmut den Abschluß des Vertrags zwischen deutschem Buchdruckerverein und Gutenbergbund auf, was in der Diskussion wiederholt zum Ausdruck kam.

— **ch. Halle a. S.** Die Ortsvereinsversammlung vom 21. August ehrte in üblicher Weise das Andenken des vor kurzem verstorbenen Kollegen Walter Burgler. Die Abrechnung vom zweiten Quartale, welche gedruckt vorlag, wurde genehmigt. Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um 205 Mk., welche Mehrausgabe besonders durch den Zuschuß beim Johannisfeste (254 Mk.) hervorgerufen wurde. Hierbei wies der Kassierer auf die unverhältnismäßig hohe Krankenzahl hin. In den letzten Wochen ist der Krankenstand gegenüber dem Krankenstande des Vorjahres in den gleichen Wochen fast durchweg um das Fünffache höher. Für die ausgesperrten 50. Streikenden in Schweden hatte der Vorstand 50 Mk. abgehört, welche Summe nachträglich von der Versammlung genehmigt wurde. Außerdem wurde beschloffen, sofort noch 200 Mk. abzusetzen, welche Summe durch einen Extrabeitrag wieder eingebracht werden soll. Über die Hilfsarbeiterbewegung in einer der größten Druckereien am Orte wurde eingehend berichtet. Die Solidarität der Verbandsmitglieder trug wesentlich dazu bei, daß den Hilfsarbeitern ihre Forderungen (hauptsächlich Aufschlag für Überstunden) bewilligt wurden. Es sind auch durch diese Bewegung die Verhandlungen über einen Tarifabschluß zwischen Hilfsarbeitern und Prinzipalen, die gänzlich zum Stillstande gekommen waren, wieder in Fluß gekommen. Am 30. August sollte zu diesem Zweck eine Kommission zusammenkommen. Sodann erwähnte der Vorsitzende noch die Verhältnisse in der tariffreien Werldruckeri Gebr. Wolff. Löhne von 19—24 Mk. werden dort bei geringstündiger Arbeitszeit gezahlt. Daneben eine flotte Beschäftigungswirtschaft. Einer der Inhaber ist Mitglied der Lehrlingsprüfungskommission der Handwerkskammer. Ob die Anzahl der in seinem Betriebe beschäftigten Lehrlinge ihn zu dieser Funktion qualifiziert hat? Jedenfalls sind die beiden Firmeninhaber, denen auch städtische Arbeiten zugewiesen werden, für tarifliche Ordnung im Gewerbe nicht zu haben. Die dort beschäftigten Gehilfen sind leider schon viel zu sehr mit dem Betriebe „verwachsen“, als daß sie ernsthaft daran gehen, ihrem unwürdigen Arbeitsverhältnis ein Ende zu bereiten. Ein Vortrag des Gauvorführers König über „Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften“ mußte wegen stimmunglicher Indisposition des Vortragenden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Über ein komisches Intermezzo konnte der Redner berichten. Seit längerer Zeit erhalten die Druckereifaktoren am Orte für ihre Mißverwaltung 1/2 Proz. der Verbandsbeiträge. Ein Kollege in einer kleineren Druckerei hatte seit etwa einem Jahre als Druckereifaktorer fungiert, aber von obiger Bestimmung „nichts gewußt“. Im nun eine Nachzahlung der Remuneration zu erlangen, wandte sich der Kollege an das — Tarifamt in Berlin! Erst nachdem das betreffende Schreiben von dem Tarifamt dem Zentralvorstand und von diesem dem Gauvorstand überwiehen worden war, konnte der Ortsverwalter von dem „Wunsche“ des betreffenden Kollegen Kenntnis nehmen. Da am Ort infolge der Bierpreissteigerung der Bierbojott über sämtliche Lokale verhängt wurde, tagte die Versammlung vollständig „alkoholfrei“.

**Sonderburg v. d. S.** Hier in unserm schönen Taunusorte ist leider das Interesse am Verbandsleben unter den Mitgliedern auch nicht dasjenige, was man von Gewerkschaftlern in unser jetzigen bewegten Zeit erwarten müßte.



Namentlich in puncto „Aufklärung“ über Berufs- und damit engverknüpfte wirtschaftliche Fragen ist hier noch sehr viel zu tun. Wenn auch unser Gewerkschaftsblatt in dieser Beziehung sehr Anerkennenswertes leistet, so ist damit aber immer noch nicht Genüge geschehen. Viele Mitglieder lesen einfach den „Korr.“ nicht, den sie hier völlig kostenlos erhalten, oder werfen nur einen flüchtigen Blick hinein. Was nützt da alles Zureden, sich durch Leses fortzubilden! Aus diesem Grunde hat sich der Ortsvereinsvorstand zur Aufgabe gemacht, durch vermehrte gewerkschaftliche Vorträge diese Lücke auszufüllen, und womöglich dadurch den leselassenen Mitgliedern „Aufklärung“ zu bringen. Unser Bezirksvorsitzender Badhaus hielt am 22. August wieder einen Vortrag, den dritten seit kurzer Zeit, worin er die „Geschichte der deutschen Gewerkschaften“ behandelte. Die nahezu zweifelhafte Ausführungen waren mit großer Sorgfalt vorbereitet und fanden das lebhafteste Interesse. Über schade für die große Mühe, denn leider waren zu Beginn der Versammlung, trotz dringender Einladung, nur elf Kollegen anwesend, die sich gegen Schluß noch um wenige vermehrten. Es ist dies wieder die alte Geschichte: Viele ältere Kollegen fühlen sich über alles erhaben, brauchen nichts mehr zu lernen und wittern außerdem hinter allem, was von „Fortschritt“ oder „Aufklärung“ handelt, sozialdemokratische Machenschaften. Und die jungen Kollegen? Die betätigen sich am allerliebsten in Klimbimvereinen, von Sportvereinigungen abgesehen. Jeder macht sich eine andre Ausrede, wenn sie auch noch so durchsichtig ist. Vielleicht tragen diese Zeiten auch bei, daß in nächster Zeit der Verfallungsbesuch ein erfreulicherer wird. Beschlossen wurde noch in der Versammlung, den Gründungsstag unseers Ortsvereins am 26. September mit einem Familienausflug zu feiern. Eine Sammlung für die schwedische Arbeiterchaft erbrachte 15 M.

**Jena.** Am 22. August fanden sich die Kollegen des vereinigten Maschinenmeisterklubs Jena, Saalfeld, Rudolfsbad und Hildburghausen in Jena zusammen, um die dortige Farbenfabrik von Fischer & Naumann zu besichtigen. Am Bahnhofe wurden die Kollegen von den Besitzern der Firma, den Herren Naumann, sowie deren Vertretern, Herren Niese sen. und jun., empfangen und nach der Fabrik geleitet. Auch durch die umfangreichen Fabrikanlagen hatten die vorgenannten Herren die Führung übernommen und erläuterten anschaulich den Kollegen die Herstellungsweise der Druckfarben und der Walzenmasse. Leider konnte die Fabrik nicht in vollem Betriebe gezeigt werden; trotzdem gab es des Interessanten soviel zu sehen, daß wohl jeder Kollege befriedigt worden ist. Als die Besichtigung zu Ende war, wurden die Kollegen nach dem „Hotel zum Deutschen Kaiser“ eingeladen zu einem Schoppen Bier und Mittagessen. Hier entwickelte sich bald ein edel kollegiales Leben, an dem sich auch die Firmeninhaber sowie deren Vertreter beteiligten. Nur allzu früh schlug die Trennungskunde und es hieß Abschied nehmen von dem freundlichen Vergnügten. Für das Entgegenkommen und den freundlichen Empfang sagen wir der Firma nochmals besten Dank.

**Zn. Wiesbaden.** Monatsversammlung vom 21. August. Eingang der Versammlung machte der Vorsitzende auf die im Herbst stattfindenden Wahlen zum Stadtvorordnetenkollegium aufmerksam und forderte die Kollegen auf, die Wählerlisten nachzusehen, um nicht des bishigen Rechts, welches das Dreiklassenwahlrecht in sich birgt, verlustig zu gehen. Nachdem die sich nötig machenden Ersatzwahlen zum Vorstand ihre Uebeligkeit gefunden hatten, fand die bevorstehende Bierpreisbeschöpfung eine eingehende Würdigung. Es herrschte große Kampfesstimmung und waren sämtliche Redner der Meinung, daß die Brauereien sehr wohl die Biersteuer allein tragen könnten. Nach längerer Debatte fand ein Antrag Annahme, wonach die Kollegen sich verpflichten, so lange keinen Tropfen Bier zu trinken, bis der normale Bierpreis wieder hergestellt ist. (Ein Beschluß, dessen Einhaltung Respekt einflößen müßte! Der Schrift.) Einen glänzenden Solidaritätsbeweis mit den mutig kämpfenden schwedischen Arbeitern erbrachte die Versammlung. Der Vorstand hatte beantragt, für die durch den Generalstreik Betroffenen 50 M. zu bewilligen. Die Versammlung ging jedoch weit über diesen Antrag hinaus und bewilligte in Anbetracht des großen Umfangs und der Wichtigkeit des Kampfes auch für die deutsche Arbeiterchaft die Summe von 200 M. Infolge der reichhaltigen Tagesordnung war die Zeit ziemlich weit vorgeschritten, so daß die nach der Versammlung stattfindende Ausstellung der Johannistagsdruckachen nicht die verdiente Würdigung finden konnte. Die interessante Ausstellung soll deshalb in der nächsten Versammlung wiederholt werden.

**Worms.** (Bezirksverein). Eine Feier, von wirklich kollegialem Geist getragen, beging man am 22. August. Nachdem der Ludwigshafener Gesangverein Gutenbergs, dem sich noch eine Anzahl Mannheimer Kollegen angeschlossen hatte, mittags 12 Uhr 30 Min. per Dampfer mit zahlreichen Damen hier eingetroffen war, erfolgte ein Rundgang durch die Stadt, sodann Zusammenkunft im Gewerkschaftshause. Glücklicherweise ließ sich mit dem Besuch der auswärtigen Kollegen das 25-jährige Kassiererjubiläum unseers Heinrich Oberhardt verbinden, welchem von seiten des hiesigen Bezirksvereins ein Sessel und vom Graphischen Klub Worms eine entsprechende Urkunde überreicht wurde. Mehrere Glückwunschkarten waren zu Ehren des Jubilars eingegangen. Genügende Unterhaltung bot uns der Ludwigshafener Gesangverein durch Vortragen einiger wohlklingender Chöre. Die Pausen wurden mit Tanz ausgefüllt. Alles rasch war die Zeit gekommen, wo die Kollegen wieder zur Heimfahrt auf-

brechen mußten. Leider ist die bedauerliche Tatsache festzustellen, daß wiederum eine Anzahl Kollegen sich nicht ihrer Pflicht bewußt gewesen ist, zumal auswärtige Kollegen anwesend waren, und es galt, unseren Kassierer für seine langjährige Mühe und Arbeit zu ehren.

## Rundschau.

Herr Theodor Reismann-Grone Berichtigt! Wie, das soll im nachfolgenden gesagt werden. Zunächst die Verächtigung im Wortlaut:

In Ihrer Nr. 98 d. J. behaupten Sie unter Beziehung auf mich: „Die Herren Arbeitgeberverbände etikettieren sich gern als Tariftreue, diese Tariftreue darf aber nichts kosten.“ Diese Behauptung ist unwahr, wahr ist vielmehr, daß ich bereit bin, nach Maßgabe der Satzungen der Tarifgemeinschaft denselben Satz zu zahlen, den man von den Mitgliedern des Verbandes einfordert — nämlich 10 Pf. pro Kopf. Wahr ist fernerhin, daß man von mir das Zwanzigfache verlangt — nämlich 2 M. pro Kopf des beschäftigten Gehilfen.

Theodor Reismann-Grone.

Diese Verächtigung, die von der Hand Reismann-Grones selbst die Sperrung der beiden Worte „nichts kosten“ erfahren hat, ist Unfug. Daß er gerade diesen einen Satz aus der Notiz „Ein neuer Prozeß gegen das Tarifamt“ in Nr. 96 herausgreift, ist charakteristisch für den Verächtiger, denn angezogene Stelle bezieht sich ja gar nicht auf den rheinisch-westfälischen Korpskommandeur der Tarifgemeinschaftsprenger. Der ihn betreffende anschließende Satz: „Der von ihm geforderte Jahresbeitrag zu den Kosten der Tarifgemeinschaft dünkt dem Essener Einzeiger fabelhaft hoch“, wird hingegen von Herrn Reismann-Grone übergangen, weil er sonst nichts berichtigen könnte. Besagt er doch nur, was von dem Verächtiger selbst in seinem Versuch einer preßgesetzlichen Verächtigung als wahr und tatsächlich hingestellt wird. Herr Reismann-Grone wollte aber unter dem Deckmantel einer Verächtigung von seiner neuesten Kampagne gegen das Tarifamt noch einmal reden machen. Der Zweck dieser Übung ist wohl erkannt. Aber Herr Theodor Reismann mag es uns schon glauben, daß seine Behauptungen auch durch die Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes nicht an Glaubwürdigkeit und Beweiskraft bei unsren Lesern gewinnen.

Arbeiterentlassungen als Folge der neuen Verbrauchsteuern sind jetzt an der Tagesordnung, wiewohl von einer Rückwirkung derselben auf den Beschäftigungsgrad eigentlich noch nicht die Rede sein könnte, da diese doch erst in Kraft getreten sind. Aber die bedrohten Fabriken haben die letzte Zeit vor der Steuererhöhung mit Hochdruck gearbeitet und verfügen nun über keine Aufträge. Nach unsren Aufzeichnungen der in der „Gewerkschafts-“ und in der Tagespresse gebrachten Mitteilungen über Arbeiterentlassungen sind bisher etwa 2000 Tabakarbeiter und -arbeiterinnen arbeitslos geworden, und zwar kommen hierfür namentlich Westfalen und Braunschweig in Betracht. Mehr als 4000 haben auf drei bis acht Tage aussetzen müssen oder arbeiten überhaupt nur ungeschäftig. Unter den arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern befindet sich eine ganze Anzahl, die mit einer eventuellen Rückkehr auf ihre Plätze gar nicht hoffen dürfen, weil die Fabriken geschlossen wurden. Was soll da erst später werden? Der Bundesrat hat nun auch die näheren Bestimmungen festgesetzt für die Unterstützung arbeitslos gewordener Tabakarbeiter aus dem vom Reichstage zu diesem Zwecke bewilligten Fonds von 4 Millionen Mark, und die Landes- und Provinzialbehörden erlassen entsprechende Bekanntmachungen über die Ausführung dieses Bundesratsbeschlusses. Die Sozialämter bilden die Meldestellen. Es muß nachgewiesen werden, daß die Arbeitslosigkeit oder die Verdienstschädigung eine Folge der neuen Tabaksteuer ist; auch wird ein Ausweis verlangt, welche Schritte zur Wiedererlangung bzw. Erhöhung des geschmälerten Verdienstes unternommen wurden. Wird der Anspruch auf Unterstützung als begründet erkannt, so ist in dem Falle der Arbeitslosigkeit eine wöchentliche Unterstützung in Höhe von drei Vierteln des im Durchschnitt des Vorjahres verdienten Wochenlohns zu zahlen. In geeigneten Fällen kann die Sozialdirektivbehörde die bewilligte Unterstützung auf den vollen Betrag des früheren Durchschnittslohns erhöhen. Liegt nur eine Verdienstschädigung vor, so kann die zu bewilligende Unterstützung so hoch bemessen werden, daß sie zusammen mit dem jeweils bezogenen Wochenlohn zwei Vierteile des vom Geschäftler im letzten Jahre durchschnittlich verdienten Wochenlohns erreicht. Die Unterstützung kann bis zu einem Zeitraume von höchstens zwei Jahren bewilligt werden. Die gewährte Unterstützung hat für den Empfänger nicht die Bedeutung einer Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln im Sinne des Wahlgesetzes für den Reichstag. Da die Tabakarbeiter nur einen Durchschnittsverdienst von 602 M. jährlich haben, also zu den schlechtest bezahlten Arbeitern rechnen, so wird hoffentlich von den Sozialämtern bei Prüfung der Unterstützungsberechtigung der sich meldenden Tabakarbeiter nicht zu bürokratisch und enggezig verfahren werden. In einzelnen Fällen lassen aber die Ausführungsbestimmungen der bundesrätlichen Verordnung durch die lokalen und provincialen Behörden schon ein Vorgeschmack davon bekommen. Zu der Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidenten sagt deshalb das „Berliner Tageblatt“: „Wenn es den arbeitslos gewordenen oder im Verdienste geschmälerten Tabakarbeitern schon nur selten gelingen wird, den Nachweis zu führen, daß das neue Tabaksteuergesetz den Grund zur Arbeitslosigkeit

ober Verdienstschädigung gegeben hat, so dürften die weiteren Vorschriften über den Ausschluß der Unterstützungsberechtigung das ihre tun, um den Kreis der Unterflügten schließlich auf ein — wie man für den Bereich des Königreichs Preußen wohl vertrauensvoll erwarten darf — Konfortium weniger gesinnungstüchtiger Mitglieder konservativer Wahlvereine oder sonstiger „patriotischer“ Zirkel, die das Glück haben, nebenbei auch Tabakarbeiter gewesen zu sein, beschränkt werden.“ Die „Weserzeitung“, die bekannteste Bremer Zeitung, läßt sich sehr pessimistisch über die Lage in der Tabak- und Zigarrenbranche vernehmen. Sie meint, die Entlassungen der Tabakarbeiter in Westfalen seien schon so zahlreiche, daß, wenn diese Arbeitslosigkeit anhalte, der vier-Millionen-Fonds allein für Westfalen aufgese. Nächste den Tabakarbeitern sind es die Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen, die in Mitleidenschaft gezogen werden. Es wird künftig seitens der Zigarren- und Zigarettenfabriken in der Ausstattung der Verpackungen ihrer Fabrikate gespart werden. Aus dem Grunde sind in Posen 300 Personen der Kartonnagenbranche bereits entlassen worden. Aus andren Gegenden liegen auch schon Mitteilungen über Entlassungen solcherart vor. Ferner tritt an Stelle der Holzstift vielach Papier zur Zigarrenverpackung. In Bremen sind deshalb die damit beschäftigten Holzarbeiter in einer Zahl von ungefähr 400 zu stark verkürzter Arbeitszeit mit entsprechender Lohnminderung verurteilt. Auch von den Glasarbeitern liegen schon Klagen über Entlassungen vor, weil von den Brauereien nur geringe Aufträge eingeht. Die Brauereiarbeiter scheinen wenigstens vorderhand vor größerer Arbeitslosigkeit geschützt zu sein, wenn auch mit einer Produktionsverminderung um 20—25 Proz. gerechnet wird. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wollte deshalb ja auch für die Brauer eine Unterstützungspflicht des Reichs ausgesprochen wissen, was jedoch abgelehnt wurde. Der Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter trat nun Anfang August an die Vereinigungen der Brauereien heran, Entlassungen von Arbeitern nach Möglichkeit zu unterlassen. Die Verhandlungen führten auch zu einem befriedigenden Ergebnisse, dem allerdings ein Klausel einen fatalen Vorbehalt verleiht. Nämlich auf durch Bierbojott verursachten Konsumrückgang soll die Vereinbarung keine Anwendung finden. Das wird vorderhand aber wohl meistens die Hauptursache des vermindernden Absatzes sein. Somit erklärte sich der Bojottführerverband deutscher Brauereien und der Schutzverband der Brauereien der norddeutschen Brauereigemeinschaft bereit, an ihre Unterverbände bzw. Mitglieder die dringende Empfehlung zu richten, die Entlassung von Arbeitskräften in ihren Betrieben bis zum 1. Mai 1910 möglichst einzuschränken. Das Maß dieser Einschränkung soll einerseits nach dem in den einzelnen Bezirken bzw. Betrieben eintretenden Konsumrückgang und andererseits unter Berücksichtigung der für die verschiedenen Betriebe maßgebenden besonderen Verhältnisse erfolgen, die Einzelheiten aber sollen durch Verhandlungen zwischen der Bezirks- bzw. Lokalorganisation der Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmer in die Wege geleitet werden. In diesem Falle kann den Brauereien eine gewisse Einsicht nicht abgeprochen werden; wenn dies auch in betreff der Preisbeschöpfung zu sagen wäre, würde es ihr Schaden nicht sein. So aber ist zu befürchten, daß auch in der Brauindustrie die neuen Steuern noch zu umfangreichen Arbeiterentlassungen führen werden. Ob der Reichstagsmehrheit vor ihrer Drachensaat nicht bangt?

Die Generalabräufung der Konsumenten, die unausbleibliche Folge der zur Einführung gelangten oder noch kommenden neuen Verbrauchsteuern, ist in vollem Gange, im vollen Gange aber auch die Abwehrbewegung gegen diese Abwägung auf das Publikum. In dieser Lage zeigt sich so recht die Wahrheit des Sozialen Worts: „Die Tasche ist das empfindlichste Organ des Menschen.“ Den Deutschen bringt nichts so leicht aus seiner Ruhe, als wenn er für seine flüssige Nahrung tiefer in den Beutel greifen muß. Das kann selbst den Geizhalsigen Gopfenphilister in Garnisch bringen, wenn seine Entzückung auch nie so explosiven Charakter annehmen wird wie bei dem in seinen heiligsten Gütern Bedrohten Berliner oder dem den alten Maßpreis mit Löwenmut verteidigenden Bayer. Aber auch was zwischen diesen Temperamentsgraden liegt, befindet sich in vollem Aufruhr, und aus allen Gegenden kommen die Nachrichten über verhängten oder drohenden Bierbojott, stellenweise, je nach Landesitte, wird auch der edle Schnaps mit dem Bannstrahl belegt. Die glückliche Reichsfinanzreform hat uns folgende Konsumartikel verurteilt: das Bier um 100 Millionen, den Branntwein um 80, den Tabak um 43, den Kaffee um 36, die Streichhölzer um 25 Millionen Mark. Nach der multiplizierten Abwägung, wie sie die Sozialisten den Konsumenten zu diffikeren belibien, sollen aus dem Bier 620 Millionen über den Steuerbetrag herausgeschlagen werden, aus dem Branntwein 200, aus dem Tabak 117, aus dem Kaffee 18 und aus den Streichhölzern 8 Millionen Mark. Es soll also eine Extrabürdung des Publikums stattfinden, die ungeheuerlich und, bei Bier und Branntwein, schamlos hoch ist. 284 Millionen Mark will das Reich dem Volke für diese Verbrauchartikel jährlich abdrücken, um 1247 Millionen Mark soll es aber im ganzen geschöpft werden. Angesichts der in einer andren Notiz erörterten allgemeinen und nicht zu knappen Lebensmittelerhöhung gewiß ein Unterfangen, das die ganze Unnatur unsrer herrlichen Weltordnung eskalant bloßlegt. Das Publikum vermag gegen diese wucherliche Preispolitik nicht viel auszurichten und kann nur da einigermaßen Widerstand entgegen setzen, wo nicht ein direkter Zwang zur Abnahme besteht,

und das ist gegenüber den Gastwirtschaften. Auf das Gastwirtsgerbe konzentriert sich auch deshalb der Hauptkampf, weil die Brauereien mit ihrer Preiserschrauberei in der Tat alles gegen sich auf die Weine bringen. Wenn gegenüber den anderen verteuerten und infolge dessen mehr oder weniger verteuerten Verbrauchsartikeln das Publikum gewissermaßen sich nur auf die passive Resistenz beschränken kann, indem der Konsum nach Möglichkeit dezimiert wird, der Kampf gegen die maßlose Bier- und Schnapsvertéuerung kann direkter geführt werden, nämlich durch den Boykott. Die tosende Volksseele will sich austoben, auch wenn, wie mächtig bekannt, die meisten Bierkriege verloren gehen, weil der Machtfaktor Durst sich nur gar zu oft stärker erweist als die Gefühlsfrage, so man Solidarität nennt. Hört man die Jammerarien der Brauereien und liest man, daß die Brauereierlöse im August um 8,72 Proz. höher standen als im Januar dieses Jahres, während im vergangenen Jahre für die nämliche Vergleichsperiode ein Kursrückgang um 6,44 Proz. zu verzeichnen war, dann muß die Empörung über das Vorgehen der „notleidenden“ Brauereien, von denen nur die bayrischen nicht so stark an der allgemeinen Kurserhöhung partizipieren, sich natürlich nur noch steigern. Es wäre deshalb zu wünschen, daß die Kriegserklärung der Konsumenten mehr Siege zur Folge haben möchte als die bisher noch wenigen in einigen thüringischen, bayrischen, rheinisch-westfälischen und norddeutschen Orten gegen die Bier- und in Berlin gegen die Erhöhung für Kaffee und Tee in einer bestimmten Kategorie von Kaffeehäusern. Die Gastwirte, namentlich die kleineren, kommen gewiß in eine prekäre Lage, da sie die Puffer abgeben müssen bei dem Kampfe zwischen Brauereien und Publikum. Insofern ist von dieser Seite auch schon oft und sehr gesündigt worden — übermäßiger Preisausschlag und das an Betrug grenzende Verfahren mit kleineren Gläsern — so daß die Lehre, daß nicht von den Brauereien das Heil für sie kommt, endlich von ihnen einmal begriffen werden dürfte. In Köln haben die Gastwirte zum Beispiel die Brauereien in der Preiserschrauberei noch übertrumpfen wollen. Darauf muß doch schließlich mit der einzig richtigen Antwort geantwortet werden. Die Abstinenzbewegung erfährt unter solchen Umständen natürlich einen Aufschwung, wie noch nicht dagewesen. Freilich ist diese Zunahme in den meisten Fällen recht problematischer Natur, denn der Not gehorchend, nicht dem eignen Trieb, läßt jetzt so mancher gegenwärtig die Tugend der Enthaltensamkeit. Es ist jedoch nicht zu bestreiten, daß auf den Bierkonsum die Mäßigkeitbewegung im Laufe der Jahre doch schon einen ziemlich großen Einfluß ausgeübt hat. Im letzten Jahrzehnt vorigen Jahrhunderts kam auf den Kopf der Bevölkerung ein Bierverbrauch von 106—108 Litern im Jahr, er stieg um die Jahrhundertwende bis auf 120 Liter, wurde 1902 geringer, um 1905, einem heißen, also durstigen Jahre, wieder den Höhepunkt von 120 Litern zu erreichen. Seitdem ist der Bierkonsum um einen Liter pro Kopf und Jahr zurückgegangen und wird bei der heutigen Sachlage bald auf 100 Liter gefallen sein. Es steht wirklich zu wünschen, daß das, was der neue Modus im Reichstage ausgedeutet hat und nun von den Brauereien, Brennereien usw. noch kräftig gefaßt wird, von der breiten Volksmasse im Wege des Abwehrkampfes zurückgewiesen wird, so gut und soweit das eben nach Lage der Verhältnisse möglich ist.

Die Verteuerung der Lebenshaltung haben wir erst wieder in Nr. 95 behandelt, soweit die Steigerung der Schweinepreise dabei in Betracht kommt. Diese ist in erster Linie auf die Abnahme der Schweinefleischmengen im ersten Halbjahre 1909 zurückzuführen, die hinter denen der ersten Jahreshälfte von 1904 zurückblieben, worauf bekanntlich die Schweinevertéuerung in den Jahren 1905 und 1906 folgte. Die amtliche Schlachtvieh- und Fleischbeschau ergibt nämlich Schweinefleischmengen je für das erste Halbjahr: 1904: 7754, 1905: 7052, 1906: 6220, 1907: 7788, 1908: 8128, 1909: 7678. Diese Zahlen bekommen aber erst die richtige Bedeutung, wenn die Bevölkerungszunahme während dieser Zeit in Berücksichtigung gezogen wird, die (in Millionen ausgedrückt) von 59,5 auf 63,9 stieg. Die Schweinezucht wird von den Ungarn zweifellos künstlich zurückgehalten, so daß für die nächsten Jahre hohe Preise für Schweinefleisch eine ständige Erscheinung sein werden. Wenn unsere Regierung mehr Rücksicht auf die allgemeinen Volksinteressen und weniger auf die

nimmerfatten agrarischen Schutzöllner nehmen würde, müßte sie durch Aufhebung der Grenzen der Bereicherungspraktiken der Edelsten und Besten einen Damm setzen, zumal die jegige große Zahl der Rinder- und Kalbsfleischschlachten die Absicht einer preistreibenden Einschränkung der Zucht auch dieser Schlachttiere vermuten läßt. Denn daß bei uns die Agrargröße und die sonst noch betriebene agrarische Auspomerungspolitik (schon an der Fleischsteuerung sind, wird durch den Grenzverkehr zwischen Frankreich und Lothringen recht augenfällig bewiesen). Die lothringischen Familien wandern dort allwöchentlich einmal über die Grenze, um billiges Fleisch zu kaufen, das bis zu vier Pfund eingeführt werden kann. Ochsenfleisch kostet dort 60 Pf., das Pund, Schweinefleisch ebenfalls 60 Pf. und Kalbsfleisch 64 Pf. das Pfund. Der Unterschied gegen die deutschen höheren Fleischpreise beträgt etwa 20 Proz. Aber auch andere wichtige Nahrungsmittel zeigen in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres eine zum Teil starke Aufwärtsbewegung. Kartoffeln und Butter sind es neben dem Schweinefleisch im besondern, deren Preis erheblich gestiegen ist. Bei den Kartoffeln, die vom Juni auf Juli gewöhnlich billiger zu werden pflegen, ist der Kilopreis in noch nicht dagewesener Art in die Höhe gegangen. So in Kassel von 11 Pf. im Juni auf 19 Pf. im Juli, in Danzig von 10 auf 20, in Flensburg von 13 auf 23, in Braunschweig sogar von 7 auf 21 und in Gießen von 6 auf 20 Pf. Und welch wichtiges Nahrungsmittel ist die Kartoffel für den Tisch des gewöhnlichen Mannes! Die Verpflegungstration für einen deutschen Marineoffizier zur Grundlage genommen, betrug nach den Ermittlungen aus 55 deutschen Städten der durchschnittliche Aufwand allein an Nahrungsmitteln für eine vierköpfige Familie: Im Januar 22,46 Mk., Februar 22,37 Mk., März 22,47 Mk., April 22,59 Mk., Mai 22,87 Mk., Juni 23,24 Mk. und Juli 23,67 Mk. Gegen den Februar mit der niedrigsten Ziffer mithin ein Mehr von 1,30 Mk. wöchentlich, also eine Steigerung von 8,2 Proz. Das Altersschwermste ist noch, daß diese Verteuerung nicht vorübergehender Natur sein wird, sondern der ganzen Entwicklung nach, die Deutschland durch seine unglückliche Zoll- und Steuerpolitik eingeschlagen hat, eine dauernde sein muß. Wir gehen also schwierigen Zeiten entgegen, die nicht zuletzt auf die gesellschaftliche Bewegung und den gesellschaftlichen Kampf ihre Schattenseiten werfen werden.

Im schwedischen Generalfreik hat die Zahl der Ausständigen seit dem 18. August nach amtlicher Feststellung um 23169 abgenommen. Weber die Regierung noch der König haben bislang den an sie gerichteten Gesuchen, eine Vermittlungsaktion zu unternehmen, entsprochen. Die Organisationsleitung unserer schwedischen Kollegen hat das Verbandsvermögen auf den dänischen Typographenbund übertragen und es damit vor der Arrestbelegung gerettet.

**Eingänge.**

Lehr- und Übungsbuch für den Unterricht der Buchdrucker im Satz- und Fachzeichnen, von F. Baumann, Gewerbeschullehrer in Sildesheim. Verlag von Karl Meyer (Gustav Priors) in Hannover-Stift und Berlin W 85. Dieses 176 Seiten in Quart umfassende Buch, dem außerdem 20 Beilagen beigegeben sind, wird von allen fachtechnischen Vereinigungen, Lehrern wie Schülern der Buchdruckerfachschulen und vorwärtsstrebenden Buchdruckern freudig begrüßt worden sein, da es seinen Zweck in weitem Maße erfüllt. Da der Verfasser ein Nichtschachmann ist, muß es ihm umso mehr zum Lob angerechnet werden, daß er mit seiner Methode sich nicht in die von Zeichnern und Graphikern so gern beliebten bizarreren Kunststücken verliert, sondern dem Buchdrucker bei aller modernen Ausgestaltung doch seinen eigentlichen Charakter behält. Sein dreifacher Lehrgang gibt ja auch zu erkennen, daß Baumann sich nicht nur über die Technik des Buchdrucks hinwegsetzt, sondern vielmehr mit selten anzutreffender Gründlichkeit sich in sie vertieft hat. Die über 300 Beispiele, worunter viele aus den Musterbüchern unserer besten Schriftgießereien entnommen, zeigen den Verfasser als einen Mann von feinem, dem Übermodernen und geschultem Gesinnten abholden Geschmacks. Das Baumannsche Lehr- und Übungsbuch kostet 4 Mk.

Die Neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von Paul Singer in Stuttgart.

27. Jahrgang, Heft 44 bis 48. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 3,25 Mk.

**Briefkasten.**

G. St. in Dillenburg: Solche örtlichen Zänkereien im „Korr.“ breitzutreten, ist am allerwenigsten dazu anzusetzen, den Frieden im Ortsvereine herbeizuführen. — F. Sch. in Gelsenkirchen: Abgelehnt. — M. D. 303: Das Versehen liegt beim Einfender der betreffenden Offerte; er hatte sein Rubrum mit dieser falschen Chiffre selbst versehen. Wir bekümmern uns doch um den Inhalt weiter nicht, sondern adressieren die Einfendungen nach dem äußeren Vermerke um. Für Sie ist leider noch nichts eingegangen.

**Verbandsnachrichten.**

**Verbandsbureau:** Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13 I. Fernsprechanzahl VI, 11191.

**Abressenveränderungen.**

**Bezirk Bochum.** Vorsitzender: Rudolf Kehler, Bochum, Hermannshöhe 17.

**Herberg (Ester).** Vorsitzender: Max Richter, Magisterstraße 20; Kassierer: Oskar Hülfenbacher.

**Saarbrücken.** (Bezirksmaschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Hermann Schrader, Türkenstraße 4.

Zur **Aufnahme** hat sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Düsseldorf die Seher I. Willi Geiß, geb. in Mainz 1889, ausgel. das. 1906; 2. Eduard Ripper, geb. in Düsseldorf 1877, ausgel. das. 1895; 3. der Korrektor Jakob Triimper, geb. in Butler 1878, ausgel. in Hörter 1896; waren schon Mitglieder. — F. Born, Schwanenmarkt 15 II.

In Karlsruhe der Seher und Vulkaniseur Johann Eitenberger, geb. in München 1887, ausgel. in Nürnberg 1904; war schon Mitglied. — Jof. Breuer, Roosenstraße 22 H II.

In Landeshut i. Schl. der Drucker Hermann Winkler, geb. in Hartmannsdorf 1882, ausgel. in Landeshut i. Schl. 1902; war noch nicht Mitglied. — Martin Schippe in Hirschberg i. Schl., Straußpiger Straße 24 I.

In Ragsburg die Seher I. Albert Riepe, geb. in Hannover 1886, ausgel. das. 1904; war schon Mitglied; 2. Karl Glandt, geb. in Glogow i. P. 1891, ausgel. in Garmen 1909; war noch nicht Mitglied. — Martin Britter in Kiel, Schauenburger Straße 34 p.

In Baden (Schweiz) der Seher Kaver Rudolph, geb. in Freiburg i. Br. 1872, ausgel. das.; war schon Mitglied. — A. F. Mödel, Kassierer.

**Arbeitslosenunterstützung.**

**Hauptverwaltung.** Die Herren Beralter wollen den Seher Peter Hef aus Mählingen (Hauptbuchnummer 73736) Buch und Kasselegitimation abnehmen und nach hier einsehen. Sollte Kollege Hef nach dem Auslande sich abgemeldet haben, so bitten wir um diesbezügliche Mitteilung.

**Mugsburg.** Dem Seher Karl Spengler aus Lainingen, dessen Duittungsbuch (Hauptbuchnummer 52234) auf der Post verloren ging, wurde ein neues Buch (Bayern 4579) ausgestellt. Das alte Buch (Bayern 3648) wird hiermit für ungültig erklärt. Im Vorzeigungsfalle wird gebeten, dasselbe an den Hauptverwalter Adolf Beyer in Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13 I, einzuliefern.

**Breslau.** Das Duittungsbuch Schlesien 2999, ausgestellt auf den Namen Gerhard Kliche (Hauptbuchnummer 88007), ging angeblich auf der Tour Passau—Regensburg verloren. Sollte das Buch auf einer Bahnhalle vorgezeigt werden, so wird um Abnahme und Einlieferung desselben an die Hauptverwaltung in Berlin ersucht.

**Verbandskalender.**

**Flensburg.** Ortsverbandssitzung Freitag, den 3. September, abends 9 Uhr im „Goldenen Anker“.

**Kiel.** Versammlung Dienstag, den 3. August, abends 8½ Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Bäckerstraße.

**Münster.** Maschinenmeisterversammlung Mittwoch, den 1. September, im „Gewerkschaftshaus“.

**Striegau.** Versammlung Sonnabend, den 4. September, abends 9 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hamburg“.

Beitenmaß mit sämtlichen Einstellungen 20 Pf. E. Frig, Frankfurt a. M., Domb. 20 Pf.

In allen Städten werden beigegebene Buchdrucker zum Sammeln von Abonnenten für eine Fachzeitschrift bei hoher Bezahlung gesucht. Bedingte Offerten unter Nr. 318 an die Geschäftsstelle d. M. erbeten.

**Lüchtiger Korrektor**  
gesucht von der  
Deutschen Verlagsanstalt  
in Stuttgart, Neckarstraße 121.

**Maschinenmeister**  
28 J. verb., in noch ungekl. Stellung, sucht sich u. ff. Provinzort in nur dauernde Stellung zu verändern. Sucht. ist gewisslich u. f. f. d. W. D. ff. u. W. 318 an d. Geschäftsst. d. M. erb.

In völlig neuer Auflage erschienen:  
**Musterblätter der „Typograph. Jahrbücher“.**  
In eleganter Mappe Preis 3 Mk.  
Diese äußerst sorgfältig ausgewählte Sammlung von Mustern erstklassiger Akzidenzen ist für jeden strebsamen Akzidenzsetzer von unschätzbarem Wert. Alle Vorlagen für alle täglichen Praxis sind daseiben fast unerschöpflich. 1912  
Verlag von Julius Mäser, Leipzig-R.

**Nord und Süd**  
ist sich einig in der Beurteilung des garantiert handgemalten Prachtgemäldes: [34]  
**Gutenberg in seinem Drucktempel!**  
„Das Bild hat bei der hiesigen Kollegenchaft ungemein weitaufgehoben. Graudeitz. R. W.“ — „Alles raunt! Der Preis ist sehr billig und steht in gar keinem Verhältnis zur Ausfertigung. W. H. in G.“ — „Eigentlich eine tolle Leistung.“ — „Korr.“ Nr. 81, 84 u. 97. Größe etwa 52 x 42 cm. Preis 12,50 Mk. in Eisen, 13,50 Mk. in Kupfer, und 16 Mk. in Goldrahmen, franko. Auch Einzelverkauf gegen Monatsraten von 2 Mk. an, kollektiv wöchentlich 50 Pf. Wo noch nicht vorhanden, Vertreter gesucht!  
Anstalt Mar Schmidt, Leipzig-R. 90.

**H. MATHAEUS STUTTGART**  
Gabelbergstr. 7  
Katalog gratis u. fr.

**Dresden Buchdruck- Masch.-Verein Dresden**  
Sonntag, den 5. September, vormittags 11 Uhr:  
**Monatsversammlung**  
im Vereinslokale „Volkshaus“. U. a.: Vortrag des Kollegen Paul Landmann über: „Der Druck in Schwarz und Farblich.“ [313]

Sonntag, den 12. September, nachm. von 4 Uhr an:  
**Herbstfest**  
im Etablissement „Goldne Krone“ in Klein-Zschachwitz, bestehend in Gartenkonzert und Tanz sowie Belegung für jung und alt. Eintrittskarten (für Mitglieder frei, für Angehörige 20 Pf.) sind in obiger Versammlung zu entnehmen.  
Um zahlreiche Beteiligung an beiden Veranstaltungen ersucht  
Der Gesamtvorstand.

**Die christlichen Gewerkschaften**  
(Zur Geschichte der Arbeitersplitterung in Deutschland.)  
Von Ludwig Rexhäuser.  
Preis 40 Pf. (ausschl. Porto). Im Selbstverlage des Verfassers. Leipzig, Salomonstraße 8.

**Mois Wittemann**  
aus Buchen in Baden  
wird ersucht, wegen wichtiger Mitteilungen sich zu wenden an  
**Maria Wittemann**  
Frankfurt a. M., Gützkowstr. 10. [346]